



Ausgabe Berlin
Nr. 8912
25. Woche
31. Jahrgang
€ 1,80 AUSLAND
€ 1,20 DEUTSCHLAND

die tageszeitung

DONNERSTAG, 18. JUNI 2009 | WWW.TAZ.DE

HEUTE IN DER TAZ



VOLLBLUTMUCKERIN Sie kann Musik, auch wenn sie laut ist: Das neue Album der Sängerin Masha Qrella > SEITE 15

BERLIN Im Hungerstreik: Abschiebehaftlinge wehren sich gegen ihre „Rückführung“ > SEITE 22

TERRORGEFAHR Neue Studie: Was passiert, wenn Flugzeuge auf Atomkraftwerke stürzen? > SEITE 9, 12

BELFAST Rassistischer Terror gegen Rumänen in Nordirland > SEITE 11

Foto links oben: Wolfgang Borris,
Foto rechts oben: MJS/imag

VERBOTEN

Guten Tag, meine Damen und Herren!

Sie sind schon Füchse, die Macher des lustigen kleinen Horrorstreifens „Rohtenburg“. Der erzählt die Geschichte von Armin Meiwes, dem „Kannibalen von Rotenburg“. Ja, fällt Ihnen was auf? Genau, da ist ein h zu viel. Aber dank dieses h darf der Film mit drei Jahren Verspätung seit heute in den Kinos laufen. Meiwes nämlich, der 2001 einen Berliner (also, einen menschlichen Berliner) auf dessen Wunsch hin teilweise verpeist hat, sah seine Persönlichkeitsrechte verletzt, klagte und verlor. Davon angespornt, hat **verboten** eine Knalleridee für einen weiteren Kinohit: diesmal zum Thema

Selbstzerfleischung. Am Beispiel der SHPD.

TAZ MUSS SEIN

Die tageszeitung wird ermöglicht durch 8.639 GenossInnen, die in die Pressefreiheit investieren.

Infos unter geno@taz.de oder tel. 030-25 90 22 13
Aboservice: tel. 030-25 90 25 90 fax (030) 25 90 26 80 abomail@taz.de
Anzeigen: tel. 030-25 90 22 38/-90 fax 030-251 06 94, anzeigen@taz.de
Kleinanzeigen: tel. 030-25 90 22 22
Redaktion: tel. 030-259 02-0 fax 030-251 51 30, briefe@taz.de
taz, die tageszeitung
Postfach 610229, 10923 Berlin
taz im Internet: www.taz.de



Jürgen Habermas 8.0

Zum Geburtstag des Philosophen
Beiträge von Norbert Bolz, Isolde Charim,
Wang Ge, Antonia Grunenberg,
Robert Misik, Cord Riechelmann,
Michael Rutschky, Saskia Sassen,
Christian Semler, Hilal Sezgin,
Corinna Stegemann, Reinhard Umbach,
Stephan Wackwitz
taz-Dossier Seite 3-6, 20

Irans Opposition will Neuwahlen erzwingen

TEHERAN dpa/ap/taz | Im Iran will die Opposition ihre Proteste so lange fortsetzen, bis die Präsidentenwahl wiederholt wird. Das kündigte der reformorientierte Kandidat Mir Hossein Mussawi auf seiner Internetseite an. Er war nach offiziellen Ergebnissen dem amtierenden Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad unterlegen. Auch am Mittwoch demonstrierten in Teheran und anderen Städten Zehntausende gegen das nach ihrer Meinung manipulierte Wahlergebnis. Mussawi appellierte an seine Anhänger, friedlich zu bleiben. Die Bundesregierung verlangte die Freilassung festgenommener Demonstranten und eine Überprüfung der Wahlergebnisse. Die iranische Regierung erhöhte nach den Einschränkungen für Print- und TV-Journalisten den Druck auf Onlinemedien: Die Revolutionsgarde forderte alle Webseitenbetreiber und Blogger auf, jegliches „Spannung erzeugende Material“ zu entfernen.

> Der Tag SEITE 2, Meinung SEITE 12
> taz zwei SEITE 14, Kultur SEITE 15

Bildungsstreiks in 70 Städten

BERLIN taz | In mehr als 70 deutschen Städten haben Schüler und Studenten am Mittwoch für bessere Bildung demonstriert. Nach Angaben der Initiatoren gingen 240.000 Menschen auf die Straße. Sie demonstrierten für mehr Lehrer und kleinere Klassen, gegen Studiengebühren, gegen das „Turbo-Abitur“ und gegen die neuen Bachelorstudiengänge. In Mainz stürmten Demonstranten den rheinland-pfälzischen Landtag. „Das sieht aus wie nach einer kleinen Schlacht“, sagte der Landtagsprecher. Es seien Wände mit Parolen beschmiert und Teile einer Ausstellung zum Mauerfall entwendet worden. Bildungsministerin Schavan nannte die bundesweiten Aktionen „gestrig“.

> taz zwei SEITE 13, Berlin SEITE 21

KOMMENTAR VON WOLF SCHMIDT

Studentenaufstand gegen Anpassung und Leistungsdruck

Es ist leicht, sich lustig zu machen über die demonstrierenden Schüler und Studenten, die mit Schildern wie „Chuck Norris schafft den Bachelor in Regelstudienzeit“ auf die Straße gehen, während im Iran Zehntausende unter Lebensgefahr für mehr Demokratie demonstrieren. Man könnte ihnen vorwerfen, dass sie ohnehin nur egoistische Ziele verfolgen – mehr Lehrer, mehr Geld für die Universitäten, weg mit den Studiengebühren. Oder sich einfach mal einen Tag freinehmen, um auf der Straße ein bisschen Spaß zu haben.

Man kann das aber auch ganz anders sehen. Man kann in dem Protest der Schüler und Studenten so etwas wie eine zarte

Repolitisierung einer als pragmatisch verschrienen Generation sehen. Sie eint das Gefühl, dass in den vergangenen Jahren Leistungsdruck und Anpassungsdruck an den Universitäten und Schulen zugenommen haben. Und dass sie in dem Hamsterrad aus verkürztem Turboabitur und verschultem Schnellstudium kaum mehr Schritt halten können.

Bisher hat sich diese Generation abgestrampelt, ohne groß aufzumucken. Denn schließlich hatte sie ein Versprechen erfüllt, wer schon vor dem Abitur seine ersten Praktika absolviert und dann zügig studiert, dem ist der Aufstieg garantiert.

Nun in der Krise weiß keiner, ob das noch stimmt. Was bleibt, ist das dumpfe Gefühl: Wir tun alles, was ihr wollt. Und haben vielleicht trotzdem nichts davon. Es ist ein Rudern ins Ungewisse.

Da ist es fast schon zweitrangig, dass vieles von dem, was die Studenten fordern, realistisch gesehen nicht zu haben sein wird. Der Bologna-Prozess etwa, die europaweite Einführung der neuen Bachelor- und Masterstudiengänge, wird

Mit den Streiks repolitisiert sich eine als pragmatisch verschriene Generation

von der Politik nicht vollständig zurückgenommen werden.

Studenten und Schüler haben das Problem, das alle Bildungsstreiks haben. Sie haben wenig Konkretes, mit dem sie drohen können. Anders etwa als die Müllmänner. Wenn die streiken, schreit das ganze Land auf.

Wenn einen Tag oder auch eine Woche lang Unis und Schulen bestreikt werden, tut das niemandem so richtig weh. Aber der Protest ist deswegen nicht falsch. Die Politik spürt den Unmut der Studenten und Schüler, der so groß ist wie lange nicht. Und sie weiß, dass viele Eltern das ähnlich sehen. Einfach ignorieren kann die Politik diese Proteste nicht.